

Mut zu einer konsequenten Verteidigungspolitik

Was der Rost für das Gewehr, ist die Verwaltung für das Heer“. Dieser Spruch scheint heute so aktuell wie damals, zu meiner Zeit als Reserveoffizier bei der Panzertruppe in Cuxhaven. Soldaten sprechen da mittlerweile etwas direkter von einem „Bürokratiemonster Bundeswehr“. Mit der Bürokratie verhält es sich bei der Truppe nicht anders als in der Privatwirtschaft – Überregulierung kostet Zeit, Geld und Nerven und lähmt den Betriebsablauf.

Klar ist aber auch, dass die Bundeswehr seit rund 25 Jahren unterfinanziert ist. Wir haben im Haushalt 2018 die Trendwende geschafft und die Ausgaben erhöht, allerdings stehen wir bei Weitem noch nicht dort, wo wir sollten. Es ist höchste Zeit, dass sich der Koalitionspartner endlich bewegt und sich klar und deutlich an die Seite unserer Bundeswehr stellt. Wenn führende Sozialdemokraten wie SPD-Vize Ralf Stegner sagen, wir hätten in Deutschland andere Sorgen als, so wörtlich, „sinnlose Aufrüstung“, dann haben



»Klar ist, dass die Bundeswehr seit rund 25 Jahren unterfinanziert ist.«
Oliver Grundmann MdB

wir ein echtes Haltungsproblem, aber gewiss nicht bei der Truppe. Gleichzeitig erinnere ich mich auch noch gut an polemische Wahlkampflogans von 2017: „Wir sagen deutlich Nein zum ‚Zwei-Prozent-Ziel‘ von Trump und CDU/CSU“ hieß es dort und „Das kann niemand wollen – allein aufgrund unserer Vergangenheit“.

Über die richtige Höhe der

Verteidigungsausgaben kann man gewiss streiten, aber politisch und auf der Grundlage von Fakten. Wie mein langjähriger Ratgeber und Freund, der ehemalige Verteidigungsminister Volker Rühle, in seinem Interview mit dem Tagesspiegel von dieser Woche richtig herausstellt, scheint vielen Politikern in Deutschland der Mut zu einer konsequenten Verteidigungspolitik zu fehlen. Sie haben sich zu sehr daran gewöhnt, dass andere Länder, insbesondere die USA, im Zweifel schon in die Bresche springen werden.

Um es deutlich zu sagen: Die zwei Prozent sind nicht „Ziel von Trump und CDU/CSU“, sondern gehen auf einen mehrfach bekräftigten Beschluss der Nato aus dem Jahr 2014 zurück. Die damaligen Verhandlungen in Wales für Deutschland führte ein anderer bekannter Sozialdemokrat: SPD-Außenminister Frank-Walter Steinmeier. Umso mehr freut es mich, dass Herr Steinmeier morgen in seiner neuen Funktion als Bundespräsident zum Trup-

penbesuch in der Fallschirmjägerkaserne Seedorf zu Gast sein wird. Das ist eine großartige Anerkennung für die Fallschirmjäger-Elite, zu der ich mich als Wahlkreisabgeordneter sehr verbunden fühle und die ich im vergangenen Jahr selbst im Auslandseinsatz in Mali besuchen durfte.

Es sind Einsätze wie die in Mali, Afghanistan oder Syrien und Irak, die der Truppe immer mehr abverlangen. Dazu kommen Verpflichtungen im Rahmen der Bündnisverteidigung, wie die Führung des Nato-Verbands in Litauen durch die Bundeswehr.

Ich will daran erinnern: Es sind die Mitglieder des Deutschen Bundestages, die die Soldaten in diese Einsätze schicken. Und doch weigern sich viele von ihnen, die politische Verantwortung zu übernehmen und die Streitkräfte entsprechend auszurüsten. Ein fatales Signal an die Soldatinnen und Soldaten. Wer polemisch von Aufrüstung spricht, verkennt die Situation in der Truppe und die realpolitischen Entwicklungen in der Welt.